

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

10 Pfennig

Sonnabend

12. Dezember 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wirtschaftskrise und Angestelltennot.

Vorstandskonferenz der Angestelltenverbände.

Der AFD-Bund hatte zu Freitagabend eine große Vorstandskonferenz der gewerkschaftlichen Angestelltenverbände Deutschlands nach dem Bürgeraal des Rathauses einberufen, um sich mit den im Zusammenhang der gegenwärtigen Krise stehenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen.

Außer den zahlreich erschienenen Organisationsvertretern waren Vertreter des Reichs, der Länder, der Kommune, der sozialdemokratischen Fraktionen und der Zentrumsfraktion des Stadtparlaments anwesend. In einem ausführlichen Referat behandelte Prof. Dr. Emil Federer-Heidelberg die

Ursachen und Behebungsmöglichkeiten der Wirtschaftskrise.

Die Hauptursache der deutschen Wirtschaftskrise liegt in dem hohen Preisniveau der deutschen Waren und der dadurch bedingten Unmöglichkeit des Absatzes im In- und Ausland. Die von den Unternehmern beliebte Argumentation, daß die Verknappung der Betriebsmittel, die hohe Sozialbelastung, die angeblich zu hohen Löhnen und die verkürzte Arbeitszeit die Herstellungskosten erhöhen, ist falsch. Das beweist am besten die amerikanische Industrie, die durch hohe Löhne und bis ins Kleinste gehende Rationalisierung der Produktion den Absatz im In- und Ausland ermöglicht. Die deutsche Wirtschaft hat mit der modernen Entwicklung der Weltwirtschaft nicht Schritt gehalten und versucht diesen Mangel durch den Lohndruck wettzumachen. Eine dauernde Behebung der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit kann nur erfolgen durch eine möglichst schnelle

Umorganisation der Produktion.

Die wichtigste Aufgabe des Staates ist, die Arbeitslosen durch ausreichende Unterstützung über die schwere Zeit hinwegzuführen und weiterhin alles aufzubieten, um die Wirtschaft zur Rationalisierung der Betriebe zu zwingen und jedem beabsichtigten Lohndruck durch die behördlichen Organe entgegenzutreten.

Im Anschluß an die überzeugenden Darlegungen des Referenten beleuchtete der Vorsitzende des AFD-Bundes, Genosse Aufhäuser, die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Angestellten, die darunter noch verhältnismäßig schwerer zu leiden haben als die Arbeiter. Die Inflation hatte die Zahl der Bureauangestellten abnorm gesteigert. Die Stabilisierung der Währung und die Einführung arbeitsparender Bureaumaschinen hatte einen

katastrophalen Angestelltenabbau

zur Folge. Hinzu kam der Abbau von Beamten und Angestellten der Behörden, die den Stellenmarkt der Angestellten noch erheblich belasten.

Daß der Abbau der Angestellten nicht nur aus Gründen der Ersparnis erfolgt, geht schon daraus hervor, daß man wohl die unteren, nicht aber die leitenden Angestellten mit hohem Gehalt abbaut. Die Unternehmer nutzen die Krise aus, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten zu verschlechtern. Sie sprechen in vielen Fällen nicht die Entlassung aus, sondern beschließen ihre Angestellten weiter, wenn sie sich mit Gehaltsföhrungen einverstanden erklären. Die Kündigungen und Entlassungen sind zum großen Teil ein Feldzug gegen die tarifliche Regelung der Gehälter und Arbeitsbedingungen. Das wird besonders dadurch bewiesen, daß man rückständig ältere Angestellte abbaut, die wegen ihrer langen Dienstjahre Anspruch auf höhere tarifliche Bezahlung als die jüngeren Angestellten haben.

Die Maßnahmen der Reichsregierung, die die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages zur Linderung der Arbeitslosennot sabotiert, sind geradezu eine Herausforderung und Verhöhnung der Erwerbslosen. Sind doch viele Angestellte schon seit dem Ende der Inflation stellunglos und der Not und dem Elend preisgegeben. Wenn die Regierung

Verzweckungsausbrüche der Erwerbslosen

vermeiden will, muß sie die angestellten und durchaus durchführbaren Forderungen der Gewerkschaften und Parlamentsvertreter zur Durchführung bringen. Die Gewerkschaften aber werden sich gegen den Druck der Löhne der noch in Arbeit stehenden wenden, um die Unternehmer endlich zur Neuorganisation ihrer Betriebe und damit zur Behebung der Wirtschaftskrise zu zwingen. Folgende

Entschliefungen

gelangten einstimmig zur Annahme:

1. Die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände weisen weiter darauf hin, daß die Krise nicht zuletzt eine Folge der von den freien Gewerkschaften bekämpften Zoll- und Kartellpolitik der Unternehmer und der von ihnen getragenen Rechtsregierung ist, eine Wirtschaftspolitik, welche die technische Rückständigkeit industrieller Betriebe im höchsten Grade begünstigt. Die Organisationen der

Angestellten wehren sich mit aller Entschiedenheit

dagegen, daß man auf der Suche nach Schuldigen die Tarif- und Sozialpolitik der Gewerkschaften für die Krise verantwortlich zu machen sucht. Gerade durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter wird vielmehr der Absatz der Massenprodukte gehoben und der größte Ansporn zur technischen und organisatorischen Verbesserung des Erzeugungs- und Verteilungsapparates gegeben.

Die freien Gewerkschaften wenden sich aber dagegen, daß diese Umstellung auf Kosten der Arbeitnehmer erfolgen soll, sie kämpfen nachdrücklich gegen die sozialreaktionären Maßnahmen der organisierten Unternehmer, die die Rationalisierung dazu ausnutzen, um die Gehälter abzubauen und die Betriebsvertretungen und gewerkschaftlichen Vertrauensleute zu maßregeln.

Die im AFD-Bund zusammengeschlossenen Verbände sind bereit, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um den Gefahren der Krise wirksam zu begegnen. Sie müssen aber von den Angestellten erwarten, daß sie sich restlos in den freien Gewerkschaften zusammenschließen, um gemeinsam den schweren Kampf zu führen und damit die Krise zu überwinden.

II.

Seit mehr als zwei Jahren hat der AFD-Bund die Aufmerksamkeit der Regierung auf die sich ständig verschlechternde Lage der

Angestellten gelenkt. Jetzt ist mit Hereinbrechen der Krise die Situation katastrophal geworden. Ueber

100 000 Angestellte sind bereits arbeitslos.

zehntausende darunter seit Jahren. Weitere Massenentlassungen von Angestellten sind zum Jahreschluss ausgesprochen worden. Das Elend ist unerträglich, sofortige durchgreifende Hilfe unausschiebbar.

Die gemeinsame Vorstandskonferenz der gewerkschaftlichen Angestelltenverbände fordert daher die unverzügliche Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Änderung der geltenden Erwerbslosenföhrung durch a) Erhöhung der Unterstützungssätze um mindestens 50 Proz., b) Einführung einer obligatorischen Kurzarbeiterunterstützung, c) Ausdehnung der Erwerbslosenföhrung auf alle Angestellten, d) Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, e) Aufhebung der bestehenden Begrenzung der Bezugszeit, Aufhebung jeglicher Anwartschaftszeit.
2. Einmalige Zuwendung an ausgesteuerte sowie langfristige Arbeitslose, die bisher nicht unterstützt wurden, abgestuft nach der Dauer der Arbeitslosigkeit.
3. Beschleunigte Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unter Einbeziehung aller Angestellten.
4. Benutzungsanspruch des öffentlichen Arbeitsnachweises, Verbot der Chiffre-Anzeige für Stellenvermittlung.
5. Erhöhter Kündigungsschutz für die langjährig im Betrieb beschäftigten Angestellten.
6. Beschleunigte Vergebung der Aufträge der Reichsbahn, der Post und aller Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden. Förderung der Bauaktivität durch restlose Bereitstellung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau. Einrichtung von tariflich bezahlten Hilfsarbeiten. Beschäftigung von Arbeitslosen, insbesondere älteren Angestellten bei der Ausschöpfung der Betriebs- und Berufszählung, als Buchprüfer bei den Finanzämtern, zur Aufarbeitung von Rückständen bei den Verwaltungsbehörden und den Organen der Sozialversicherung.
7. Verschärfte Kontrolle der Stilllegungsanträge unter Heranziehung von Gewerkschaftsvertretern zu den kontrollierenden Instanzen.
8. Einbringung eines deutschen Arbeitszeitgesetzes, das den Achtstundentag festlegt, und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Den notleidenden arbeitslosen Angestellten kann nur Hilfe gebracht werden, wenn unsere Forderungen erfüllt werden. Zum Kampf dafür ruft die gemeinsame Vorstandskonferenz alle Gewerkschaften auf.

Gegen den Versuch der Unternehmer, die Lasten der Krise durch Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung auf die Angestellten abzuwälzen,

für die Erämpfung unserer Forderungen — erhöhte Aktivität!

Nach dem Vortrag Aufhäusers schloß Ricket, der Vorsitzende der Deutschen Bühnengenossenschaft, die Rotlage der Künstler und forderte die Aufhebung der Lustbarkeitssteuer, die viele Theater und damit die Bühnenkünstler zu vernichten droht. Die Annahme einer im Sinne dieser Ausführungen gehaltenen Resolution schloß die Verhandlungen.

„Jswestija“ zur Abrüstungsfrage.

Rußland will an der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Moskau, 12. Dezember. (WLB.) Zu den Erklärungen des Präsidenten Coolidge in seiner Botschaft an den Kongreß über die Abrüstungsfrage schreibt die „Jswestija“: „Washington hält die Verträge von Locarno ohne Abrüstung für ungenügend. Angesichts der zweideutigen ungenügenden Erklärungen Coolidges, der seinen Abrüstungsvorschlag mit allerlei Vorbehalten verhielt, und ungeachtet unseres Pessimismus hinsichtlich der Möglichkeit tatsächlicher Abrüstung der europäischen bürgerlichen Staaten begründen und unterstützen wir diesen Vorschlag.“ Das Blatt spricht dann seine Befriedigung über das Zusammenstreifen jahrelanger Bestrebungen der Sowjetregierung bezüglich der Abrüstung mit den Wünschen der Regierung der Vereinigten Staaten aus. Die Sowjetunion lehne ebenso wie die Vereinigten Staaten den Eintritt in den Völkerbund ab, sie werde aber jeden Vorschlag, der auf tatsächliche Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung abzielt, unterstützen. Die Abrüstungskonferenz müsse an einem solchen Orte stattfinden, der die Teilnahme der Sowjetunion ermögliche.

Streikverbot in Italien.

Italien das rückständigste Land der Welt.

Rom, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die italienische Kammer hat die Grundzüge der faschistischen Arbeitsgesetzgebung angenommen. Danach werden Aussparungen und Streiks verboten. Für jeden trotzdem erfolgten Streik ist eine Strafe von 10 000 bis 100 000 Lire zu zahlen. Es wird ein besonderes Schiedsgericht geschaffen, dessen Entscheidung endgültig ist.

Danzigs neuer Oberkommissar.

Der Holländer van Hamel Nachfolger Mac Donells.

Genf, 12. Dezember. (WLB.) Der Leiter der Rechtsabteilung des Völkerbundsekretariats, van Hamel, ist vom Rat heute mittags in geheimer Sitzung zum Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig ernannt worden.

Folgen des Deutschenabbaus. Infolge des pöflichen Abbaus der deutschen Postbeamten in der Tschechoslowakei sind insbesondere in Nordböhmen und an der österreichischen Grenze große Störungen im Postverkehr entstanden. So lagern seit 5 Tagen im Bahnhof in Eger 6 Waggons mit unerledigter ausländischer Post.

Milderung des Steuerdrucks.

Durch Offenlegung der Steuerlisten.

Zu den Punkten, von deren Erörterung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre endgültige Entscheidung zur politischen Situation abhängig gemacht hat, gehört auch die Frage der Offenlegung der Steuerlisten. Diese Forderung taucht nicht zum ersten Male auf. Bereits mehrfach ist sie von der Sozialdemokratie vertreten worden, zuletzt bei der Steuerreform im Sommer. Die bürgerlichen Parteien haben dieses Verlangen damals nicht mehr grundsätzlich abgelehnt. Nur der Augenblick zur Verwirklichung einer so einschneidenden Maßnahme erschien ihnen noch nicht gekommen. Auch die Reichsregierung hat damals durch den Staatssekretär Dr. Popitz erklären lassen, daß die Steuerreform moralisch in Deutschland stark gesunken sei. Deshalb müsse man, wenn durch die neue Steuerreform keine Hebung der Steuermoral eintrete, die Offenlegung der Steuerlisten ernsthaft erwägen.

Nach unserer Auffassung ist dieser Augenblick jetzt gekommen. Obwohl erst wenige Monate seit der letzten Steuerreform ins Land gegangen sind, ist doch kaum ein Zweifel daran, daß die Steuermoral sich nicht gebessert, sondern eher noch verschlechtert hat. Der Druck der Wirtschaftskrise lastet schwer auf vielen Steuerpflichtigen, und der Anreiz, die Steuerlasten selbständig zu senken, ist überaus groß. Der stärkste Anreiz dazu geht aber von der Erwägung aus, daß bisher der unehrliche Steuerzahler sich immer besser gestellt hat als der ehrliche. Die Uebersicht der Reichsregierung über die Rückstände an Besitzsteuern ist der beste Beweis dafür. Selbst wenn man annehmen wollte, daß in denjenigen Fällen, in denen die Steuern ordnungsgemäß gestundet worden sind, ein wirtschaftlicher Anlaß vorgelegen hat, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß fast 170 Millionen Mark an Besitzsteuern rückständig sind, für die eine Stundung nicht vorliegt. Das ist eine einfache Verweigerung der Steuerleistung und muß erneut die Steuermoral schwer beeinträchtigen.

Wie soll aber das Steuersystem durchgeführt werden, wenn ein Teil der Steuerpflichtigen die ihm gesetzlich auferlegten Lasten nicht trägt? Diese Verweigerung der Steuerleistung hat Deutschland bereits einmal erlebt. Die Sanierung der Reichsfinanzen durch die Erzberger'sche Steuerreform ist an dem Widerstand der Besitzenden gescheitert. Der unehrliche Steuerzahler siegte über den ehrlichen. Die Folge war die gewaltige Geldentwertung, die die deutsche Wirtschaft an den Rand des Abgrunds brachte und uns gegenwärtig die Wirtschaftskrise mit ihrem gewaltigen Elend für Millionen Menschen erleben läßt. Wenn das neue Steuersystem wiederum infolge des Widerstandes derjenigen Kreise erschüttert wird, denen die Tragung von Lasten unbequem ist, so wird abermals eine Katastrophe über Deutschland hereinbrechen.

Große Teile der Wirtschaft behaupten, die jetzigen Steuerlasten seien untragbar. Dem Reichstage liegen verschiedene Anträge vor, die Besitzsteuern weiter herabzusetzen. Solche Anträge sind verständlich, weil in der Tat das deutsche Steuersystem ganz ungleichmäßig wirkt. Den größten Anteil an den Staatslasten tragen die Lohn- und Gehaltsempfänger. Aber auch zahlreiche Selbstständige müssen höhere Leistungen aufbringen, als auf die Dauer von ihnen getragen werden können. Andere dagegen sind steuerlich überaus begünstigt. Solange die Steuerlasten überhaupt verhältnismäßig gering waren, wurden solche Unterschiede leicht hingenommen. Gegenwärtig aber, wo selbst nach den Angaben des Staatssekretärs Popitz 25 bis 30 Proz. des Volkseinkommens von den öffentlichen Lasten beansprucht werden, sind sie unerträglich.

Wohl denn je hängt deshalb die Milderung der Steuerlast von der Gleichmäßigkeit ihrer Verteilung ab. Deshalb ist auch das Verlangen nach Offenlegung der Steuerlisten nichts Wirtschaftseindliches. Im Gegenteil: diejenigen, die für die Offenlegung der Steuerlisten eintreten, schätzen damit die Wirtschaft, soweit sie ihre steuerlichen Verpflichtungen voll erfüllt. Auch sollte man meinen, daß sowohl die Organisationen der Unternehmer, als auch die bürgerlichen Parteien mitwirken müßten, wenn es sich darum handelt, die Voraussetzungen zu schaffen, durch die allein eine Milderung der Gesamtsteuerlast herbeigeführt werden kann.

Wie aber soll diese Gleichmäßigkeit bei der Tragung der Steuerlasten erreicht werden? Durch ordnungsgemäße Veranlagung allein wird das sehr schwierig. Denn gegenüber den großen Steuerpflichtigen und den Konzernen sind die Veranlagungsbehörden meist machtlos. Auch die nachträgliche Kontrolle durch den Buch- und Betriebsprüfungsdiens wird nicht ausreichen, so groß seine Erfolge auch immer sein mögen. Das wirksamste Mittel bleibt die Erziehung zu einer höheren Moral. Sie aber ist nur zu erreichen durch die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Veranlagung im Wege der Offenlegung der Steuerlisten. Das Interesse der Steuerpflichtigen an der richtigen und ehrlichen Steuerzahlung aller muß geweckt werden. Die Erkenntnis muß allgemeingültig werden, daß unrichtige und zu geringe Steuerzahlung weniger den Fiskus schädigt, als die ehrlichen Steuerzahler.

Die Milderung der Steuerlasten für den Einzelnen läßt sich deshalb nur erreichen, wenn das Vorrecht des Steuergeheimnisses, das zwar ein Sonderrecht der bestehenden Klassen ist, an dem aber nur die unehrlichen Steuerzahler ein Interesse haben, beseitigt wird.

Kein Geld für die Beamten!

Luther will nicht!

Die Regelung der Beamtenbesoldung, die nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses erledigt schien, ist heute aufs neue gefährdet. Die Rumpfbesoldung unter dem entscheidenden Einfluß Dr. Luthers weigert sich, die Beschlüsse des Haushaltsausschusses anzunehmen und behauptet, auch der Reichsrat würde nicht zustimmen.

Die Parteien verhandeln gegenwärtig, wie sie dieser neuen Erschwerung gegenüber die Interessen der Beamten wahrnehmen können.

Unsere Mitteilung über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Kriegsoffiziere in der Morgenausgabe ist teilweise irrtümlich aufgefaßt worden. Nach dem Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages sollen die Beamten der Gruppen 1 bis 4 50 v. H. und die der Gruppen 5 und 6 30 v. H. des monatlichen Grundgehalts einmalig als Zulage für die vier Monate Dezember 1925 bis März 1926 einschließlich erhalten. Vom 1. April 1926 ab sollen dann, die Etatsgenehmigung für 1926 vorausgesetzt, die Zuschläge zum Grundgehalt für die Gruppen 1 bis 4 von 12 1/2 auf 25 v. H. und für die Gruppen 5 und 6 von 12 1/2 auf 20 v. H. erhöht werden. Entsprechendes gilt für die Pensionäre und die Kriegsoffiziere.

Das Schulbeispiel.

Wie verlogene Schlagworte entstehen.

Der Zwischenfall im Preussischen Landtage, der am Freitag eine von den Deutschnationalen provozierte peinliche Unterbrechung der Verhandlung hervorrief, ist wert, daß man darauf noch einmal zurückkommt, weil er den Anfang einer neuen verlogenen Hege gegen die Sozialdemokratie bedeuten sollte.

Am Donnerstag hatte der Ministerpräsident Genosse Braun in seiner Rede unter anderem gesagt:

Unsere wichtigste Aufgabe ist es jetzt, Werte zu schaffen und mehr zu arbeiten. (Zurufe rechts.) Ich kann mir nicht helfen; ich höre ihre Forderung „mehr arbeiten“ meist in den Kreisen, wo man am allerwenigsten arbeitet. Das macht psychologisch einen ungünstigen Eindruck auf diejenigen Kreise, die überhaupt nur arbeiten.

Diese ganz einwandfreie Antwort auf dreiste deutsch-nationale Zwischenrufe fällt nun ein deutschnationaler Abgeordneter dahin um, Braun habe die ganze Bauernschaft als „Partei der Nichtsteuer“ bezeichnet. Als Braun diese Verdrehung seiner Worte als ein Schulbeispiel dafür bezeichnete, wie die Grundlage einer verlogenen Agitation geschaffen werde, verübten die Deutschnationalen einen Höllenlärm, der den Präsidenten zwang, die Sitzung zu unterbrechen.

Welchen Zweck die Fälschung hatte, darüber belehrt ganz deutlich die deutsch-nationale Presse. Sie gibt das Schlagwort aus, das in Zukunft in allen deutsch-nationalen Zeitungen, Flugschriften und Versammlungsreden wieder auftauchen soll: Braun habe die Bauern als Nichtarbeiter, also als faul bezeichnet! Man kennt diese Fälschermethoden aus der Vorkriegszeit zur Genüge, jene Sammlung von ebenso zusammengefaßten „landwirtschaftsfeindlichen Äußerungen“ von Sozialdemokraten, mit dem das Landvolk immer wieder gefüttert wird.

Weil man sie kennt, ist es nötig, der neuen Fälschung gleich die Schelle umzuhängen.

Schweigen ist Gold.

Wanzentaktik der „Roten Fahne“ zum Fall König.

Unsere Mitteilungen über die Aufdeckung eines Rassenstandals in der SPD-Zentrale und über die wahren Gründe der Mandatsniederlegung des bisherigen Reichstagsabgeordneten und Parteikassierers König-Dortmund sind der kommunistischen Partei offenbar sehr ungelegen gekommen. Die „Rote Fahne“ zieht es daher vor, sich zu dem Fall König totzustellen. Sie ist anscheinend der Auffassung, daß jedes Wort der Erklärung das latente und berechnete Mißtrauen ihrer Anhänger nur steigern würde. Und gerade jetzt wird doch eifrig mit „Rotmarken“ gemunkelt. In diesem Falle gilt also der Grundsatz: Schweigen ist Gold.

Warum die Preise nicht fallen!

Um die mit großem Lärm angekündigte Preisfunktionsaktion der Regierung Luther ist es sehr still geworden. Wenn die Regierung dauernd darauf hinweist, daß es ihr gelungen sei, keine Preisfunktions zu erzielen, so ist demgegenüber doch hervorzuheben, daß im Verhältnis zu den Preisen von Anfang des Jahres immer noch sehr erhebliche Erhöhungen zu verzeichnen sind.

Seit Beginn des Jahres ist beim Fleisch z. B. eine Preissteigerung um zirka 50 Proz. eingetreten, und von diesem Höhepunkt ist ein Herabgleiten um zirka 10, höchstens aber 15 Proz. festzustellen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Viehpreise eher gesunken als gestiegen sind. Nun bestand im September eine erhebliche Preispannung zwischen Frisch- und Gefrierfleisch. Alles kaufte das billigere Gefrierfleisch, das allmählich im Preis stieg, während die Preise für Frischfleisch fielen. Nunmehr stürzte sich das Publikum sofort wieder auf Frischfleisch. Folge: Die Preise gingen wieder in die Höhe. Hinzu kam, daß auf dem Viehmarkt nun, wie man sagt, künstlich herbeigeführte Verknappung des Viehkauftriebs eintrat und damit eine Steigerung der Viehpreise. Jetzt selbstverständlich vor den Weihnachtsoffizierungen, wo auf einen verstärkten Konsum an Fleisch gerechnet wird, ist an eine Preisfunktions für Fleisch nicht zu denken. Aber die Fleischer werden sich mit ihrer Kalkulation insofern irren, als die dauernden Stilllegungen von Betrieben und die damit verbundenen erheblichen Entlassungen mit Naturnotwendigkeit zu einer Verringerung des Konsums an Fleisch führen müssen. Selbstverständlich werden die vielen Arbeitslosen bei den völlig unzureichenden Unterstützungen gar nicht in der Lage sein, sich selbst in den Feiertagen ein Stück Fleisch leisten zu können.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch den recht beachtenswerten und anzuerkennenden Eifer der Preisprüfungsstellen zur Regelung der Verdienstspreisspanne hervorheben, wenn wir auch der Ansicht zuneigen dürfen, daß wesentliche Ergebnisse durch die Arbeit der Preisprüfungsstellen nicht zu erzielen sind. Hier müssen schon schärfere Mittel angewandt werden. Warum werden die Namen von Geschäften, die wegen Unzuverlässigkeit in der Preisgebung geschlossen werden, nicht veröffentlicht? Warum werden die Namen der Bäckereien, bei denen Rindergewicht in der

800 000 Mark auf den Schienen.

Verlorene und wiedergefundene Wertpoststücke.

Gerüchte von einem schweren Postraub im Eisenbahnzuge waren gestern in später Abendstunde in Berlin verbreitet. Wie wir erfahren, handelt es sich um einen Vorfall, der anfangs sehr mysteriös ausfiel, in letzter Stunde aber reiflos aufgeklärt werden konnte.

Die Postverwahrung benutzte den F.D.-Zug 24, der um 6,15 Uhr den Lehrter Bahnhof verließ und um 9,35 Uhr in Hamburg eintrifft zur Beförderung von Auslandspost. Die Sendungen werden dem Postmeister übergeben. Ein Postbeamter fährt nicht mit, weil also auf der Strecke Post weder übernommen noch abgegeben wird. Gestern abend fand man nun eine geraume Zeit, nachdem der Zug durch Rauen durchgefahren war, dort auf dem äußersten Ende des Bahnsteiges einen Postbeutel, der nur aus diesem Zuge stammen konnte. Dem Postmeister waren vom Postamt B 8 im ganzen 12 Beutel übergeben worden. Der aufgefunden Beutel enthielt verschiedene Päckchen, die ausfielen wie die, in denen sich gewöhnlich Tausendmarktscheine befinden. So sprach man bald von einem Millionenraub. Der Beutel wurde zunächst in Rauen abgegeben. Es ergab sich bald, daß er nicht Tausendmarktscheinpäckchen, sondern Aktien der UEB. in Höhe von 800 000 Mark enthielt, außerdem einige Briefe an die City-Bank in New York. Die Kriminalpostinspektoren und die Eisenbahnüberwachungsstellen, die benachrichtigt wurden, nahmen sofort die Nachforschungen auf. Postrat Harber benachrichtigte gleich alle Stationen, besonders auch Hamburg. Die Zugbeamten wurden dort bei der Ankunft angehalten, konnten aber keine Erklärung für das Abhandenkommen des Paketes geben. Es wurde jedoch festgestellt, daß von den 12 Beuteln nur 10 vorhanden waren.

Von Berlin aus wurde alsbald die ganze Strecke zwischen hier und Rauen von mehreren Beamten mit Spürhunden abgesehen und dabei fand man vor Rauen auch den zweiten Beutel. Beide wurden noch in der Nacht nach Berlin gebracht. Nach den bisherigen Feststellungen fehlt, wie wir seeben erfahren, in den Beuteln nichts. Das Gerücht von einem Postraub entstand dadurch, daß man gesehen haben wollte, wie ein junger Mann in Wittenberge den F.D.-Zug verlassen habe und gleich mit einem Gegenzug nach Berlin zurückgefahren sei. Das ist jedoch ganz unmöglich, weil der F.D.-Zug auch in Wittenberge gar nicht hält. Die vermeintliche Beobachtung ist darauf zurückzuführen, daß ein Postbeamter in Wittenberge einen anderen Zug, der dort hielt, verlassen und den Gegenzug nach Berlin bestiegen hat. Wie die beiden Beutel aus dem Zug herausgekommen sind, bedarf noch der Aufklärung.

Der ganze Vorfall hat, wie eine letzte Meldung besagt, bereits ihre völlige Aufklärung gefunden. Der Kiesel, mit dem die Bogenlär verschlossen wird, hatte sich während der Fahrt durch die Erschütterungen gelockert und gelöst, die Lärre sich unbemerkt geöffnet und die beiden Säcke waren herausgestürzt. Die Untersuchung ergab, daß von dem Inhalt der Säcke nichts fehlt und daß infolgedessen auf die Beamten keinerlei Verdacht entfällt.

Selbstmordversuch auf Bahnhof Weisdreieck.

Heute vormittag gegen 10 Uhr sprang auf dem Hochbahnhof Weisdreieck eine Frau in selbstmörderischer Absicht vor einen aus der Richtung Wiltonstraße einkehrenden Hochbahnzug. Sie geriet unter den Motorwagen und konnte erst nach langwierigen Bemühungen der inzwischen alarmierten Feuerwehr geborgen werden. Die Frau wurde sofort in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo eine schwere Gehirnerschütterung festgestellt wurde und das rechte Bein amputiert werden mußte. Sie trug keinerlei Papiere bei sich. Die Unglückliche ist etwa 25 bis 31 Jahre alt, 1,60 Meter groß, hat braunes Haar und war mit einem braunen Lederhut, einem braunen Stoffmantel, einer Wolljacke, einer braunen Seidenbluse und braunen Strümpfen mit braunen Spangenschuhen bekleidet. Durch den Vorfall trat eine empfindliche Verkehrsstörung ein.

Weihnachtsmarkt im Wap. Im Sommer kennt man den Wap ganz genau, aber was soll im Winter da los sein? Und doch gibt es auch jetzt im Wap-Bergnügungspark in Moabit eine Unmenge von Schaustellern und Händlern, die darauf warten, daß das Publikum kommt und dafür sorgt, daß etwas los sei. Die ambulanten Händler — unter diesem Namen werden sie organisatorisch zusammengefaßt — haben ein schweres Leben. Sie sollen auch im Winter Nacht, Gewerbe, Luftverkehrs- und andere Steuern zahlen, sie sollen ihre Familien und Angestellten unterhalten, und sie leiden doch auch alle unter der allgemeinen Not, die es dem kleinen Mann verbietet, sich einmal ein paar lustige Stunden zu bereiten. Diese bescheidenen Aussteller und Weihnachtshändler bieten für geringes Geld mancherlei und durch die Rannigfaltigkeit des Gebotenen wird dafür gesorgt, daß auch unter grauem Winterhimmel Laune und Fröhlichkeit aufkommt. Die Bevölkerung von Moabit wird gut

tun, sich auch im Winter des Wap und seiner Aussteller und Weihnachtshändler zu erinnern. Der Eintritt ist bis auf weiteres völlig kostenlos.

Das Berliner Sinfonie-Orchester gab auf Veranlassung des Volksbildungsamtes Kreuzberg am Freitag abend im „Orpheum“ in der Hasenheide ein Volkskonzert. Beethoven's Egmont-Ouvertüre, das Violinkonzert D-Dur und Tschaiowski's 5. Sinfonie E-Moll wurden zu Gehör gebracht. Unter Oskar Fried's bewährter Stabführung gelang dem gut eingepflegten Orchester die Wiedergabe der musikalischen Meisterwerke hervorragend gut. Auch Konzermeister Lambino als Violinist war glänzend in Form. Der begeisterte Beifall, den Dirigent, Solist und Orchester fanden, ist ein neuer Beweis dafür, wie richtig und notwendig es ist, den künftigen Massen der milderbemittelten Bevölkerung gute Musik zu bieten. Mögen solche Hörer weniger kritisch eingestellt sein, begeisterter und dankbarer kann kein Publikum sich zeigen. Je mehr die Liebe zur guten Musik in den Massen wächst, um so kleiner wird die Plakatform, auf der das Berlegergeschäft der leidigen „Schlager“ gedeiht.

Altersschwach. Gestern abend drohte das Dach des Hauses Großer Judenhof 11 einzustürzen. Die herbeigerufene Feuerwehr beseitigte durch Abstoßen der lose gewordenen äußeren Teile und durch Stützen der inneren Teile, Balken usw. die Einsturzgefahr.

Tödlich verlaufener Verkehrsunfall. Vor dem Hauje Turmstraße 31 wurde heute früh eine noch unbekannte männliche Person von einem Autobus der Linie 11 überfahren und auf der Stelle getötet. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Todesurteil gegen den Mörder des Grafen Westerholt.

Vom Schwurgericht Münster i. W. wurde der Buchdruckmaschinenmeister Georg Rehme aus Oldenburg wegen Mordes an dem Grafen Westerholt zu Sibirien bei Haltern zum Tode und dauernder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Die Urteile, die am 2. Mai 1920 begangen wurden, hatte seinerzeit in ganz Rheinland-Westfalen großes Aufsehen erregt und führte zur Verhaftung einer Reihe von Personen, da zuerst der Verdacht aufgetaucht war, daß der Graf von den Kommunisten, die damals das dortige Gebiet beunruhigten, hinterücks erschossen worden sei, schließlich wurde aber als Täter der damalige Reichswehrsoldat Rehme ermittelt. Er hat seinerzeit, mit seinem Genossen Hunsfeld beim Wildern überfallen, den Grafen niedergeschossen und beraubt. Hunsfeld befand sich bisher auf freiem Fuß. Bei der jetzigen Verhandlung hat sich aber herausgestellt, daß Hunsfeld an der Beraubung beteiligt war; er wird sich demnächst vor dem Richter zu verantworten haben.

Gewerkschaftsbewegung

Weihnachtshilfe des Verkehrsverbundes.

Die Berliner Bezirksverwaltung des Deutschen Verkehrsverbundes hat auch für dieses Jahr beschlossen, den arbeitslosen Mitgliedern des Verbandes eine Weihnachtshilfe zu leisten. Mehr denn in vergangenen Jahren ist es Ehrenpflicht der noch in Arbeit stehenden Mitglieder, Weihnachtsmarken zu entnehmen und damit die Not der Arbeitslosen lindern zu helfen. Wohl ein jeder hat schon einmal die Bitternis der Arbeitslosigkeit an sich selbst verspürt und kann mit den Arbeitslosen mitleiden. Wer noch in Arbeit steht, selbst bei unzulänglichem Lohn, muß sich vergegenwärtigen, mit wieviel weniger sich sein arbeitsloser Kollege beschreiben muß. Alle arbeitenden Kollegen müssen deshalb ihr Scherlein mit dazu beitragen, ihren arbeitslosen Kollegen eine kleine Freude zu bereiten.

Die Weihnachtshilfe beträgt nach einer Beitragsleistung von 15 bis 60 Wochen 10 M., von 61 bis 180 Wochen 15 M., von mehr als 180 Wochen 20 M.

Unterstützungsberechtigt sind alle arbeitslosen Mitglieder, die bis zum Tage der Auszahlung der Unterstützung 15 Wochenbeiträge entrichtet haben und seit dem 1. Dezember d. J. mindestens zwei Wochen nachweisbar arbeitslos sind. Anspruch auf die Unterstützung haben ferner die bereits ausgekehrten und nichtunterstützungsberechtigten arbeitslosen Mitglieder, sofern die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Auszahlung der Weihnachtshilfe erfolgt vom 18. Dezember 1925 ab in der Zeit von 9 bis 2 Uhr im Zimmer 4 des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24/25, Eingang „B“, prt.

„Wo bleibt der Bauarbeiterjahn?“

Mit dieser Ueberschrift versehen, geben wir in Nr. 544 des „Vorwärts“ einer Uebersicht des Zentralverbandes der Zimmerer über eine ungenügende Baubude beim Neubau der Firma H. Straubel in der Anruher, Ecke der Brüsseler Straße, wieder.

Die Städtische Baupolizei erklärt nunmehr hierzu, daß das in Betracht kommende Revier von einem aus dem Bauarbeiterstande entnommenen und für den Arbeiterjahnvertrag als Privatdienstvertrag besonders eingestellten Arbeiterjahnmann kontrolliert wird. Diese Prüfung habe ergeben, daß die Baubude den Anforderungen genüge. Eine gleichfalls vom Baupolizeiamt Wedding unabhängig hiervon vorgenommene Prüfung hat das gleiche Ergebnis gezeigt.

Es kommt hierbei wohl auf die Auffassung darüber an, was unter einem dicht verschlossenen Raum zu verstehen ist. Der Vorschlag des Zimmererverbandes, die betreffende Baubude photographieren zu lassen, hat offenbar keinen Anklang gefunden. Das wäre zweifellos geeignet gewesen, diesen Streitfall zu klären.

Lohnverweigerung aus „ethischen“ Gründen.

Bei einer Firma, die sich „Allgemeine Licht- und Feuervertechnische Gesellschaft“ nennt, waren vier Arbeiter beschäftigt. Im Wochenlohn belamen sie keinen Lohn. Sie klagen ihre Forderung beim Gewerbegericht ein. Hier erkannte der Vertreter der Firma an, daß die von den Klägern erhobene Lohnforderung bud- und rechnungsmäßig richtig sei, aber aus „ethischen Gründen“ verweigere die Firma die Zahlung des Lohnes, denn die Kläger hätten nicht so viel geleistet, als normalerweise von ihnen erwartet werden müsse, doch sei die Firma bereit, ihnen die Hälfte des vereinbarten Lohnes zu zahlen, aber nicht sogleich, sondern erst nach vier Monaten.

Die sonderbaren „ethischen Gründe“ der Beklagten konnte das Gericht natürlich nicht gelten lassen. Es ging von dem selbstverständlichen Grundsatz aus, daß der vereinbarte Lohn nicht nur aus ethischen, sondern auch aus rechtlichen Gründen zu zahlen ist und verurteilte die Beklagte zur Zahlung.

Zur Aussperrung der Hanomag in Hannover.

Im Stande der Aussperrung ist bisher eine Veränderung nicht eingetreten. Die Zahl der Aussperrten beträgt insgesamt 3340 einschließlich der zurzeit Kranken. Es waren außerdem 452 Lehrlinge mit beurlaubt, welche mittlerweile jedoch zum größten Teil von der Firma wieder zur Arbeit beordert sind. Die Anstandsarbeiten (Aufrechterhaltung der Licht- und Kraftzentrale, Pumpwerke und dergleichen) werden mit Zustimmung der Organisationsleitung ausgeführt. Die auswärts beschäftigten Monteure wurden von der Organisationsleitung zurückgerufen. Das Organisationsverhältnis der von der Aussperrung betroffenen Arbeiter ist sehr günstig.

Nach dem Geschäftsbericht der Hanomag für das Jahr 1924/25, soweit darüber bis jetzt berichtet wurde, ist der Stand des Wertes nicht so ungünstig, wie es bisher darzustellen versucht wurde.

